

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf. — Preis pro Abonnement 100 Pf.

Nr. 188

Freitag, den 14. August 1925

20. Jahrgang

Der Reichspräsident in München.

Bayern betont seine Eigenstaatlichkeit.

München, 12. August.

Auf dem Platz vor dem Münchener Hauptbahnhof und in der Seitenstraße, wo sich der „Fürstentempel“ befindet, wogte heute schon in den frühen Morgenstunden trotz des anhaltenden Regens eine große Menschenmenge, um die Ankunft des Reichspräsidenten v. Hindenburg in München zu sehen. Auf dem Bahnsteig vor dem Fürstentempel warteten der bairische Ministerpräsident Dr. Held mit seinen Ministerkollegen, den beiden Reichsministern Dr. Gehler und Dr. Stügel, dem Reichsgeheimrat v. Hantel und dem Bürgermeister Münchens, Dr. Scharnagl, auf die Ankunft des Gastes, der auch pünktlich 8.05 Uhr eintraf. Als Hindenburg mit Staatssekretär Dr. Meißner und seinem Adjutanten dem Salonwagen entstieg, durchbrauschten nicht endenwollende Schreie die mächtige Halle. Dies wiederholte sich auf der Straße, als der Reichspräsident das mit der Reichspräsidenten-Standard geschmückte Automobil bestieg und nach der Dienstwohnung des Ministerpräsidenten fuhr, wo er für die Tage seines Münchener Aufenthaltes wohnen wird.

Um 1/10 Uhr begab sich Hindenburg in Begleitung Herrn v. Hantels nach dem Ministerium des Neuherrn am Promenadenplatz, um der bairischen Regierung seinen offiziellen Besuch abzustatten. Hier begrüßte ihn Ministerpräsident Dr. Held mit einer Ansprache, in der der Besuch des Reichsoberhauptes als ein Bekenntnis gebedeutet wird.

nicht nur der vollen Anerkennung der Eigenstaatlichkeit unseres schönen Heimatlandes, sondern auch der zehnfachen Würdigung seiner Bedeutung im Deutschen Reich. Die ganze Rede ist eine einzige Aufforderung an Hindenburg, „nicht zuzulassen, daß die Einzelstaaten einer weiteren Verflüchtigung zugeführt werden“.

Der Reichspräsident dankt für die versicherte Treue und betont, daß er das Eigenleben der Länder gleichfalls für eine wichtige und wesentliche Grundlage der Entwicklung des Reiches ansehe und daher gewillt sei, der Eigenart der Länder und ihrer besonderen Bedürfnisse Rechnung zu tragen.

Hieran schloß sich gleich der Empfang des Reichspräsidenten des bairischen Landtages mit den Vertretern der Fraktionen.

Darauf begab sich der Reichspräsident, bei der Fahrt durch die Stadt überall begeistert begrüßt, in Begleitung des bairischen Ministerpräsidenten Dr. Held zum Reichsfinanzhof,

um hier die Meldung der leitenden Beamten der Reichsbehörden in München entgegenzunehmen. Namens derselben begrüßte der Präsident des Reichsfinanzhofes, Gehellens Jahn, den Reichspräsidenten, indem er seiner Freude über diesen Empfang und dem Gelingen seiner Pflichten Ausdruck gab.

Der Reichspräsident erwiderte ihm mit folgenden Worten:

Ich danke Eurer Excellenz für die freundlichen Begrüßungsworte, mit denen Sie mich im Reichsfinanzhof und im Kreise der leitenden Reichsbeamten in München willkommen heißen. Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, auch die leitenden Beamten der Reichsbehörden in Bayern kennen zu lernen, Ihnen — zugleich auch allen Beamten der Reichsverwaltung in Bayern — die Anerkennung des Reiches für Ihre selbstlose Arbeit auszusprechen und Ihnen meine Wünsche dafür zu äußern, daß Ihre Arbeit unserem Vaterlande in seiner Gesamtheit zum Vorteil und Segen gereichen möge!

Gegen 12 Uhr begab sich der Reichspräsident in das Rathaus, wo er durch Bürgermeister und Stadtrat empfangen wurde.

Erster Bürgermeister Scharnagl hielt namens der Stadt München den Reichspräsidenten mit Worten herz-

licher Begrüßung willkommen; er gab in seiner Ansprache zunächst einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des deutschen Städtewesens; er legte dar, wie sich die deutschen Städte schon vom frühen Mittelalter an dank der Privilegien und Selbständigkeit, die ihnen von Fürsten und Territorialherren gewährt wurden, zu Mittelpunkten blühenden Wirtschaftslebens und hoher Kultur entwickelten. Die Kraft der Städte vermochten auch die mannigfaltigen Stürme, die im Laufe der Jahrhunderte über die deutschen Lande hereinbrachen, nicht zu zerstoren, und immer wieder wurden die von einem unabhängigen und schaffensfreudigen Bürgertum getragenen Stadtverwaltungen zu Tragsäulen für den Wiederaufbau des Landes. Die historische Selbständigkeit, die den Städten auch in der den napoleonischen Kriegen folgenden Zeit durch Gewährung des Selbstverwaltungsrechtes gewahrt blieb, habe leider durch die neuere Entwicklung eine starke Beeinträchtigung, insbesondere in finanzieller Beziehung erfahren. Der Bürgermeister richtete daher an den Reichspräsidenten die Bitte, der Wahrung der städtischen Selbstverwaltung seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten:

Haben Sie herzlichen Dank für die Begrüßungsworte, die Sie, Herr Bürgermeister, namens der Stadt München gegen mich richteten. Sie dürfen versichert sein, daß ich es als eine besondere Freude empfinde, heute die kunstfertige und kunstfliegende Hauptstadt des Bayernlandes wiedersehen und die Vertreter der Stadt hier begrüßen zu können. Sie weisen mit Recht darauf hin, Herr Bürgermeister, daß die deutschen Städte durch den Weltkrieg und die Kriegszeit schwer gelitten, auch an ihrer Selbständigkeit Einbuße erfahren haben. Andererseits hat sich aber gerade hier die Kraft der Selbstverwaltung wieder bewährt, die, getragen vom Verantwortungsbewußtsein der städtischen Organe, fast überall in wenigen Jahren das Schwerkste überwunden hat. Auch München hat in der Zeit des Krieges und der Revolution hart gelitten, aber ich darf mit Befriedigung feststellen, daß es der Tatkraft der Stadtverwaltung und dem Gemeinsinn der Bürgerschaft nicht nur gelungen ist, Not und Schäden zu heilen, sondern auch neue Aufgaben in Angriff zu nehmen und einen neuen Auftrieb zu beginnen. Der großen Reiche der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft ist in diesem Jahr in dem Deutschen Museum, dieser untergleichlichen Sammelstätte von Meisterwerken der Technik und Naturwissenschaften, ein neues Glied hinzugefügt worden, das besonders geeignet ist, den Ruf Münchens zu steigern und zu verbreiten, und die Verkehrsausstellung, die in diesem Jahre hier veranstaltet wird und ein umfassendes Schaubild des deutschen Verkehrs und der deutschen Verkehrstechnik gibt, schließt sich den schon vorhandenen Pflegenstätten neuerzeitlicher Technik würdig an. Meine herzlichsten Wünsche begleiten die mir liebe Stadt in ihrer weiteren Entwicklung. Möge München, mögen seine Bewohner einer glücklichen Zukunft entgegengehen; das ist der aufrichtige Wunsch, mit dem ich Ihre Begrüßung erwidere!

Zur Erinnerung an den Besuch trug sich der Reichspräsident auf Einladung des Ersten Bürgermeisters in das Gedenkbuch der Stadt München ein. Als sich der Reichspräsident dann auf dem Balkon des Rathauses zeigte, wurden ihm wiederum stürmische Huldigungen bereitet. Der Reichspräsident sprach mit markiger, aber den Platz schallender Stimme einige Worte des Dankes für die freundliche Aufnahme, die ihm die Münchener Bevölkerung bereitere, und schloß mit einem Hoch auf das Vaterland, in das die Menge begeistert einstimmte. Darauf folgte das von der Stadt München gegebene Frühstück, an dem auch die Ehrengäste des Empfanges teilnahmen.

Das Problem des Sicherheitspaktes.

London, 12. August. In dem gestrigen Beiratsbeleg des „Times“ heißt es: Die Methode, die Grenzstreitigkeiten, die unbarmherzigweise entstehen werden, zu schlichten, ist in erster Linie eine Frage des Gesetzes und nicht der Waffen. Hierbei könnte ein System der Schiedsgerichtsbarkeit angewandt werden. Unter den augenblicklichen Verhältnissen kann ein solches System nur durch den Völkerverbund zur Durchführung gebracht werden. Die notwendigen Schiedsgerichtsverträge müssen daher den Systemen des Völkerverbundes angepaßt werden, und wenn sich ein Streit bis zu einer Eröpfung mit einem bewaffneten Konflikt entwickeln sollte, so würde der Völkerverbund selber eine Stimme bei der Entscheidung über die Frage haben, wer der Angreifer sei. Dies dürfte jedoch Großbritanniens, angenommen, es wäre ein Garant des Paktes und ein Unterzeichner des Schiedsgerichtsvertrages, nicht seines souveränen Verantwortungsbereiches entheben, auf Grund sorgfältig geprägten Beweismaterials zu beschließen, auf welche Weise es aktiv eingreifen und welche Gestalt seine Aktionen annehmen sollen. Bei den Besprechungen, die jetzt zwischen den beiden Außenministern stattfinden, werden diese Punkte sorgfältig im Zusammenhang mit den Wünschen und den sich ändernden Umständen der internationalen politischen Lage abgewogen. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Frage möglicher französischer Garantien für Schiedsgerichtsverträge betreffend Polen und die Tschechoslowakei von der Frage eines Paktes für die Westgrenzen, bei dem Großbritannien ein Garant sein würde, vollkommen getrennt gehalten wird. Ob derartige Vereinbarungen zu gleicher Zeit und unter denselben Bedingungen wie der Sicherheitspakt für den Westen abgeschlossen werden oder nicht, ist keine Frage, die Großbritannien unmittelbar berührt, solange es klar ist, daß die britische Verpflichtung im Westen nicht durch indirekte Wirkungen irgendwelcher Konflikte im Osten kompliziert werden darf. Wird zweifellos bei den augenblicklichen Besprechungen Sorge getragen werden, die genaue Beziehung des geplanten Paktes zum Friedensvertrage klar zu machen. Die Frage ist: sollen die Sanktionsbestimmungen im Friedensvertrage ihre gesamte und unabhängige Gültigkeit beibehalten, oder sollen sie in die allgemeinen Verhältnisse des Paktes einbezogen werden? Es wird sowohl von der britischen, als auch von der französischen Regierung angenommen und bekräftigt, daß augenblicklich eine Abänderung der Friedensverträge nicht in Frage komme. Die Methode der Anwendung von Sanktionen könnte als eine Frage des einschlägigen Verfahrens angesehen werden, und es könnte mindestens freitragend sein, ob ein solches Verfahren vordienlicher nach den Bestimmungen des Friedensvertrages oder nach den Bestimmungen eines Paktes, der vielleicht eine Art Ergänzung zum Friedensvertrage auf Grund späterer Erfahrungen darstelle, geregelt ist. Derartige Fragen und ihre unmittelbaren Wirkungen auf die augenblickliche Lage in Europa und jene entfernteren Gegenden wo die britischen und französischen Interessen, „gegründet und erfüllt“ würden, sind das Thema der augenblicklichen Besprechungen. Die Londoner Unterredungen sind offen und sehr freundschaftlich. Sie sind nicht ganz leicht, aber viel wird durch die Intimität des persönlichen Verkehrs gewonnen. Nach dieser Beratung der Minister Großbritanniens und Frankreichs wird die Hoffnung geäußert, daß durch intime Besprechungen, bei denen Deutschland vertreten sein würde, ein weiterer Fortschritt in der Richtung des Abschlusses eines Sicherheitspaktes erzielt werden könnte.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt über die gestrigen Besprechungen: Chamberlain war von dem allgemeinen Ton und Tenor des französischen Entwurfes für die Antwort auf die letzte deutsche Note entschieden befriedigt. Wenn die Frage der Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen ständigen Nachbarn und das Problem unabhängiger Sanktionen nur berührt und nicht erörtert würden, so ist der deutsche Grund dafür, daß diese Fragen besser auf einer Präliminarkonferenz deutscher und alliierter Minister oder auf einer internationalen Konferenz erörtert werden, die nach der Völkerverbundversammlung stattfinden soll. In französischen Kreisen jedoch ist der Gedanke einer Zusammenkunft zwischen Stresemann und den alliierten Staatsmännern in Genf gegenwärtig nicht sehr wahrscheinlich gehalten worden. Der Völkerverbund, den Brian Chamberlain unterstützt hat, besteht aus dem Sicherheitspakt für das Rheinland als solchem und beschiedenen Schiedsgerichtsverträgen. Der Pakt als solcher behält einen großen Teil des ursprünglichen Entwurfes von Sir Cecil Spring-Rice, aber der Wortlaut hat Änderungen erfahren. Die Grundbestimmungen stimmen in gewisser Weise an die

Die französische Antwortnote.

London, 12. August. (Wester.) Die französische Antwortnote wird an Deutschland in etwa 4 bis 5 Tagen abgefaßt werden, sobald ihre endgültige Fassung festgestellt sein wird.

Hitler darf nicht nach Oesterreich.

Wie die Blätter aus Wien melden, ist Hitler, der zur Teilnahme am nationalsozialistischen Parteitag in Wien eingeladen war, vom österreichischen Bundeskanzleramt die Genehmigung zur Einreise verweigert worden. Die Grenzbehörden sind angewiesen, Hitler nicht über die Grenze zu lassen.

Verkauf von Stinnes-Jochen.

Die Stinnes-Jochen I und VI in Carnap und III und IV in Braut sollen, wie die Börsliche Zeitung meldet, verkauft werden. Als Käufer kommen die Reinhold A.-G. und der preussische Staat in Frage. Es wird mit Betriebsvereinigungen nach dem Verkauf gerechnet.

Noch keine Einigung im Bauarbeiterstreik.

Die Verhandlungen des zur Beilegung des Bauarbeiterstreiks eingesetzten Schiedsgerichts, welche gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben noch zu keiner Einigung geführt, sie wurden auf heute vertagt. Voraussichtlich wird heute ein Schiedspruch gefällt werden, zu welchem sich die Parteien bis Dienstag nächster Woche erklären sollen.